

Viel Ärger um den digitalen Unterricht

Bündnis gegen Microsoft – Nicht jeder Schulleiter ist davon begeistert

Von Kara Ballarin

STUTT GART - Schluss mit dem Einsatz von Microsoft-Programmen an baden-württembergischen Schulen: Darauf hat am Mittwoch ein Bündnis aus 20 Gruppen in Stuttgart gepocht. Landesschüler- und Landeselternbeirat haben das Positionspapier ebenso unterzeichnet wie einige Lehrerverbände, die Verbraucherzentrale des Landes sowie Informatikexperten wie der Chaos-Computer-Club.

Ihnen geht es zum einen um digitale Souveränität. „Ein Bundesland darf sich nicht von einem Cloud-Angebot wie MS 365 abhängig machen, über das es nicht mit voller Souveränität selbst, sicher und dauerhaft verfügt“, heißt es in dem Papier mit Verweis auf den Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Regierung. Darin ist das Ziel verankert, den Schulen „verstärkt freie Lern- und Lehrmaterialien“ zur Verfügung zu stellen.

Das tut das Land bereits mit sogenannten Open-Source-Produkten – darunter das Lernmanagement-System Moodle und das Videokonferenz-Programm BigBlueButton. Genau solche nicht kommerziellen Dienste wie Moodle sollen nach Ansicht des Bündnisses verstärkt genutzt werden, denn „bereits jetzt bewältigen viele Schulen den digitalen Unterricht damit sehr gut“.

Doch nur 2000 der rund 4500 Schulen im Land nutzen dieses Angebot. Wie viele der anderen Schulen Microsoft 365 und Teams oder andere kommerzielle Dienste nutzen, kann das Kultusministerium nicht beziffern. Die Schulen entschieden selbst über ihre Software, erklärt eine Sprecherin von Ministerin Susanne Eisenmann (CDU). „Es gibt hier keine Meldepflicht, sodass es darüber keinen Überblick oder Erhebungen gibt.“

Das Bündnis pocht vor allem auf den Datenschutz. Der steht bei den kommerziellen Produkten lange schon in der Kritik. Denn Daten könnten im Extremfall an US-amerikanische Behörden fließen, wenn diese das verlangten – so sieht es das geltende Recht in den USA für Firmen mit Sitz im Land vor. In Rheinland-Pfalz dürfen solche Programme nach diesem Schuljahr deshalb auch nicht mehr eingesetzt werden.

Doch was, wenn eine Schule Microsoft-Produkte nutzt, Eltern das aber nicht wollen? Das Bündnis sieht den Schulfrieden gefährdet. Darüber gibt es bereits Beschwerden, bestätigt der Datenschutzbeauftragte des Landes, Stefan Brink. „Eltern werden unter Druck gesetzt, dass sie eine Datenschutzerklärung unterzeichnen sollen, obwohl sie das nicht wollen.“



Die Schulen im Land nutzen unterschiedliche Lernsoftware. FOTO: FELIX KÄSTLE/DPA

Nur in solchen Fällen mische sich seine Behörde ein. „In Zeiten von Corona halten wir uns so lange zurück, bis uns ein Problem angezeigt wird.“ Klar sei: Alle Schüler hätten das Recht, datenschutzkonform am Unterricht teilzunehmen. Doch Brink räumt ein: „Es ist nicht unplausibel, dass es eine gewisse Dunkelziffer an Eltern gibt, die sich fügen.“

Brink wehrt sich gegen die verbreitete Meinung, dass datenschutzkonforme Software nicht funktioniert. „Das hat mit der Realität relativ wenig zu tun“, sagt er. „Natürlich kann man auch eine Moodle-Plattform zum Laufen bringen. Es geht um Know-how und Kapazitäten, die man reinsteckt.“ Zum Schulstart nach den Ferien am Montag lief viererorts auf Moodle allerdings zu-

nächst gar nichts. Laut Kultusministerium waren 200 Schulen betroffen. Die Überlastung erklärte das Landeskriminalamt am Mittwoch mit einem Hackerangriff – und ermittelt entsprechend. Dabei sei ein Server mit so vielen Anfragen geflutet worden, dass er kapituliert. Die nötige Software dafür ist leicht zu bekommen und zu bedienen – auch von Schülern. Mit einem ähnlichen Vorfall hatte Rheinland-Pfalz beim Schulstart eine Woche zuvor zu kämpfen.

Glücklich also, wer alternative Software nutzt? „Wir haben leider in vielen Schulen den Einsatz von Produkten, die nicht für die sensible Nutzung von Schülern geeignet sind, die mehr Schaden als Nutzen anrichten“, sagt Brink. Dennoch ist er nicht grundsätzlich gegen Dienste wie Mi-

crosoft 365 und Teams. Er begleitet einen Pilotversuch des Kultusministeriums dieser Software an gut zwei Dutzend beruflichen Schulen. „Wenn datenschutzkonformer Einsatz von Microsoft gelingt, gibt es gute Möglichkeiten auch für die Schulen, die was von der Stange wollen“, sagt er. Darauf bekräftigt eine Sprecherin von Ministerin Eisenmann: „Viele Schulen weisen darauf hin, dass sich diese Produkte intuitiv bedienen lassen und damit den schulischen Alltag einfach und pragmatisch unterstützen.“ Diese Realität verkenne das Bündnis in seinen Forderungen.

Was das heißt, zeigt sich etwa an der Karl-Arnold-Schule in Biberach. Die berufliche Schule nimmt am Microsoft-Pilotversuch teil – arbeitete aber schon davor mit Software des US-Unternehmens, erklärt Schulleiterin Renate Granacher-Buroh. „Die Diskussion ist ideologisch aufgeladen. Wir finden es gut, mit einem Programm zu schaffen, das verbreitet ist, das gut und zuverlässig funktioniert“, sagt sie. Dass dies auch datensicher gehe, müsse die Kultusverwaltung sicherstellen. „Die Weltunternehmen hier in Biberach nutzen auch Microsoft“, sagt sie. Manche bevorzugten zwar Open-Source-Produkte, zu Konflikten an der Schule sei es bisher aber nicht gekommen.

Das sagt auch Andreas Hörner, der die Heinrich-Hertz-Schule in Karlsruhe leitet. An der beruflichen Schule wird nicht nur mit Microsoft gearbeitet, sondern auch der IT-Nachwuchs ausgebildet. Zu Beginn des Lockdowns im Frühjahr seien zunächst alle möglichen Lernprogramme im Einsatz gewesen: Microsoft, Moodle, Jitsi, Webex. Nach wenigen Wochen seien 80 Prozent der Lehrer auf Microsoft umgeschwenkt – weil es am besten funktioniert habe. Und das auf Kosten des Datenschutzes?

„Porsche tauscht Prototypen-Informationen über Teams aus“, sagt Hörner. „Ich verstehe nicht, warum das bei Schülern nicht möglich sein soll.“ An seiner Schule würden Schüler in den digitalen Lernplattformen pseudonymisiert, Lehrer erhielten Daten-schutzbelegungen, personenbezogene Daten auszutauschen sei verboten. „Unser Erziehungs- und Bildungsauftrag ist, auch den Fachkräftenachwuchs zu sichern“, sagt Hörner. „Mit Open-Source-Lösungen entfernen wir uns von den Firmen, die den Nachwuchs brauchen.“

Und so hält Südwürttemberg-Kultusministerin Eisenmann an ihrem Ziel fest: Die Schulen sollen aus einer Reihe an Möglichkeiten selbst entscheiden können – kommerzielle und Open-Source-Programme.

Kurz berichtet

Baden-Württemberg untersucht Virus-Mutationen künftig selbst

STUTT GART (lsw) - Virus-Mutationen werden künftig auch in Baden-Württemberg untersucht, teilt ein Sprecher des baden-württembergischen Gesundheitsministeriums des Landes am Mittwoch in Stuttgart mit. Der Fokus liegt vor allem auf den in Großbritannien und Südafrika aufgetretenen Virusvarianten. So soll bei Verdachtsfällen künftig schneller reagiert werden. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen an die Charité nach Berlin geschickt werden. An den Universitätskliniken im Land sollen zusätzliche Kapazitäten dafür geschaffen werden.

Prozess gegen ehemaligen Weingartener Kämmerer Anton Buck verschoben

WEINGARTEN (oli) - Der Prozess gegen den ehemaligen Weingartener Kämmerer Anton Buck wird doch nicht wie geplant am kommenden Montag beginnen. Ausschlaggebend ist – mit Blick auf das Coronavirus – der schlechte gesundheitliche Zustand des 73 Jahre alten Angeklagten. Damit folgten die Richter der I. Strafkammer einem Antrag von Bucks Verteidigern. Buck wird Untreue in besonders schwerem Fall vorgeworfen. Der heute 73-Jährige soll in seiner Zeit als Kämmerer dem damals noch städtischen Krankenhaus 14 Nothelfer zwischen 2008 und 2012 Gelder über eine Sonderkasse zugeschoben haben, um Defizite auszugleichen. Die Staatsanwaltschaft macht ihn daher für einen Verlust von zwölf Millionen Euro verantwortlich. Sollte es zu einer Verurteilung kommen, drohen Buck zwischen sechs Monaten und bis zu zehn Jahre Haft.

SPD fordert Rücktritt von Wirtschaftsministerin nach Expo-Debakel

STUTT GART (lsw) - Acht Wochen vor der Landtagswahl fordert die SPD den Rücktritt der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU, Foto: lsw) wegen der Affäre um den Expo-Pavillon in Dubai.

Eigentlich sollte eine Projektgesellschaft den Pavillon komplett mit der Hilfe von Firmen finanzieren. Weil aber Sponsoren ihre Zusagen zurückzogen, sprang das Land ein. Die Kosten für das Projekt liegen inzwischen bei voraussichtlich 15 Millionen Euro. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sagte, Hoffmeister-Kraut habe Steuergelder versenkt. Die CDU-Politikerin selbst wies das zurück. „Ich habe schon lange vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses eingeräumt, dass es im Wirtschaftsministerium Fehlentscheidungen gab. Das kann und will ich nicht beschönigen.“ Tatsache sei aber: Sobald sie konkret von den Problemen gewusst habe, habe sie die Aufklärung intern mit Nachdruck vorangetrieben und nach außen offen und transparent informiert. „Mit dem Fall befasste sich ein Untersuchungsausschuss des Landtags.“

Fraktionen einigen sich auf Gesetz für Lobbyregister

STUTT GART (lsw) - Das geplante Lobbyregister für den baden-württembergischen Landtag soll noch in diesem Jahr kommen. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, auf den sich die Fraktionsspitzen von Grünen, CDU, SPD und FDP geeinigt haben, wie Sprecher bestätigten. In dem Register sollen Organisationen und Verbände eingetragen werden, die ihre Interessen gegenüber dem Landtag, Fraktionen und Abgeordneten vertreten. Die Liste soll auf der Internetseite des Landtags veröffentlicht werden.

CDU will mehr Geld für Familie, Polizei und Internet ausgeben

STUTT GART (lsw) - Die CDU will im Fall einer Machtübernahme nach der Landtagswahl mehr Geld für Familien, Innere Sicherheit und den Ausbau des schnellen Internets lockermachen. Beim Klimaschutz setzt die Union auf Förderung statt auf Zwang. Trotz einiger Seitenhiebe auf den grünen Koalitionspartner bereitet die CDU an vielen Stellen einer Fortsetzung der Koalition mit den Grünen den Weg, möchte allerdings mit Kultusministerin Susanne Eisenmann die Regierungschefin stellen. Wie die gesammelten Forderungen finanziert werden sollen, legt die CDU-Spitze in dem Entwurf nicht vor.

Schwere Vorwürfe hinter verschlossenen Türen

Aufarbeitung der Stuttgarter Krawallnacht geht weiter – Zwei Angeklagte wegen versuchten Totschlags vor Gericht

Von Martin Oversohl

STUTT GART (dpa) - Die Stuttgarter Krawallnacht wird die Justiz noch lange beschäftigen. Die ersten Urteile sind bereits gesprochen. Seit Mittwoch verhandelt das Stuttgarter Landgericht gegen zwei Angeklagte den schwersten Tatvorwurf aus der Nacht: versuchter Totschlag.

Lange hat die Polizei nach den Ausschreitungen nicht gebraucht, um dem damals 16-Jährigen auf die Spur zu kommen. Die Scherben lagen noch verteilt in der Fußgängerzone, da klickten bei dem Jugendlichen die Handschellen. Er soll in jener aufgeheizten Juninacht einen am Boden liegenden und bereits bewusstlosen Studenten gegen den Kopf getreten haben. Gezielt, wie die Staatsanwaltschaft betont. Sie hat den jungen Mann, der am Mittwoch auf der Anklagebank des Landgerichts regungslos ausharrt, wegen versuchten Totschlags angeklagt. Auch sein damaliger 19 Jahre alter Begleiter muss sich verantworten.

Rückblick auf eine Nacht, die in Stuttgart ihre Spuren hinterlassen hat. Nicht nur rechtlich, nicht nur finanziell, sondern auch im Stadtbild. Nach einer Drogenkontrolle am späten 20. Juni entzündet sich der Funke, bei den anschließenden Auseinandersetzungen randalieren Dutzende vor allem junge Männer in der Innenstadt. Sie werden angefeuert und be-



Das Gericht schloss die Öffentlichkeit von dem Prozess aus. FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

gleitet von Schaulustigen. Polizisten werden bedroht, beworfen, getreten und verletzt, Schaufenster zerstört und Geschäfte geplündert. Die Vorfälle sorgten über Stuttgart hinaus für Schlagzeilen und hitzige Debatten. Videoüberwachung, Alkohol- und Aufenthaltsbeschränkungen werden diskutiert, Kameras an zentralen Plätzen geplant.

Das damals 24-jährige Opfer der beiden jungen Angeklagten hatte sich gegen die Randalierer gestellt und sie aufgefordert, keine Flaschen mehr zu werfen, wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft sagte. Der heute 17-jährige Deutsche aus Geislingen/

Steige trat den am Boden liegenden und nach einem Fausthieb bereits bewusstlosen Mann demnach gezielt gegen den Kopf; der in Esslingen wohnende ältere der beiden Angeklagten habe dies gebilligt. Das Opfer erlitt bei dem Angriff eine Gehirnerschütterung, Prellungen und Schürfwunden. Seine Aussage wurde für den Mittwochnachmittag erwartet.

Wie sich die beiden heute 17- und 19-jährigen Deutschen aus Geislingen und Esslingen den Angriff erklärten? Das wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Denn nach nur wenigen Minuten schloss der Vorsitzende Richter der Jugendstrafkammer,

Christian Klotz, die Öffentlichkeit am Mittwoch für den gesamten Rest der Hauptverhandlung aus.

Vor allem der jüngere Angeklagte müsse wegen seines jugendlichen Alters geschützt werden. Zwar gebe es ein starkes öffentliches Interesse an dem Fall. Allerdings wiege die Gefahr einer Bloßstellung und Stigmatisierung schwerer. „Es gilt, ihn zu schützen und seine weitere Reifung nicht zu gefährden“, sagte der Richter. Ein Urteil will die Kammer bis Anfang März verkünden.

Die beiden Männer im Landgericht sind keine Einzelfälle, natürlich nicht. Sie gehören zu den 128 Verdächtigen, die die Polizei bislang ermittelt hat. Viele von ihnen sitzen nach wie vor in Untersuchungshaft, gegen Dutzende andere wurde der Haftbefehl gegen Auflagen ausgesetzt. Und die ersten sitzen bereits verurteilt hinter Gitter.

Anfang November hatte das Amtsgericht Stuttgart zwei junge Männer in den ersten beiden öffentlichen Prozessen wegen besonders schweren Landfriedensbruchs zu Jugendstrafen von jeweils zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie hatten die Scheiben von Polizeiautos zerstört. Für drei Jahre muss ein 26-Jähriger ins Gefängnis, der in jener Nacht unter anderem einen Bewusstlosen ausgeraubt und mehrere Geschäfte geplündert hatte. Insgesamt erwartet das Amtsgericht bis zu 100 Prozesse zur Krawallnacht.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteure: Steffi Dobmeier (digital), Andreas Müller;
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;
Politik: Katja Korf; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Barbara Müller; Sport: Thorsten Kern;
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;
Gestaltung: Hassan Al Mohtasib
alle 8822 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann
Redaktion Berlin: Claudia Kling
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jauß
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 73 vom 1.1.2021. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de